

Stellungnahme des SoVD zum Bericht der Landesregierung zu Suiziden und zur Suizidprävention

Drucksache 20/1771

Kiel, 26.04.2024

Sehr geehrte Frau Rathje-Hoffmann, sehr geehrte Damen und Herren,

als größter Sozialverband zwischen den Meeren mit über 170.000 Mitgliedern freuen wir uns über die Gelegenheit zur Stellungnahme. Auch wenn wir den Grundsatz der Selbstbestimmung stark machen, setzen wir uns für sozialstaatliche Präventionsstrukturen ein, die möglichst viele Menschen davon abhalten, sich das Leben zu nehmen. Insofern begrüßen wir die Suizidpräventionsstrategien von Bundes- und Landesregierung.

Wir bedanken uns für den hier vorgelegten detaillierten Bericht der Landesregierung, der umfassend über die Problematik und die Präventionsstrukturen im Land informiert. Auch möchten wir die in der Tat dem Thema angemessene Debatte im Landtag würdigen. Der Bericht liefert umfangreiche statistische Daten, benennt aber auch die Baustellen der Suizidprävention.

Der Umstand, dass insbesondere ältere Menschen von Suizidgedanken betroffen und bei dieser Gruppe auch die vollendeten Suizide häufiger sind, muss uns als Gesellschaft zu denken geben. Auch wenn ein veränderter Umgang mit psychischen Erkrankungen wichtig und notwendig ist, müssen auch die gesellschaftlichen Strukturen in den Blick genommen werden, die Einsamkeit sowie wirtschaftliche und soziale Perspektivlosigkeit verursachen. Die sich stetig verschlimmernde Situation in der

Pflege und die zunehmende Altersarmut trägt zweifellos dazu bei, dass bei älteren Menschen Suizidgedanken zunehmen. Auch der Umstand, dass die Alterskohorte der Männer zwischen 50 und 60 Jahren mit Abstand die meisten vollendeten Suizide aufweist, deutet unserer Ansicht nach auf ein Zusammenspiel von psychischen Erkrankungen und wirtschaftlichen Ursachen hin.

Das größte Problem in der Behandlung von Suizidalität, aber auch bei anderen psychischen Erkrankungen, sehen wir in der psychotherapeutischen Versorgungssituation. Hierzu kann der Bericht leider keine Daten liefern. Die Erhebung von erfolglosen Kontakten bei einer Beratungsstelle oder einer Praxis kann statistisch nicht erfasst werden. Aus dem angegebenen Wert von 142 Tagen zwischen Erstgespräch und Beginn einer Therapie lässt sich die Misere der psychotherapeutischen Versorgung allerdings näherungsweise ablesen. So dürfte es oftmals zwischen Erstkontakt und Therapiebeginn zu Wartezeiten von über einem Jahr kommen. Im Zusammenhang mit der Prävention von Suiziden ist dies grundsätzlich ein unhaltbarer Zustand. Wir begrüßen es ausdrücklich, dass sich die Wartezeiten auf eine Akutbehandlung in den letzten Jahren verkürzt haben, sie sind aber trotzdem zu lang.

Ebenso wie die Parteien des Landtags begrüßen wir die Arbeit des Vereins Lichtblick Flensburg e.V. und dessen finanzielle Förderung durch die Landesregierung. Als Organisation der Selbsthilfe kompensiert der Verein allerdings in unseren Augen sozialstaatliche Defizite in der psychotherapeutischen Versorgung und kann zudem sein Beratungsangebot bislang nur in wenigen Kreisen anbieten. Hier braucht es flächendeckende Angebote zur Suizidprävention im gesamten Bundesland.

Wir bedanken uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme und verbleiben

mit freundlichen Grüßen

Alfred Bornhalm
Landesvorsitzender

Kirsten Grundmann
Vorsitzende des Sozialpolitischen Ausschusses

Dr. Thorsten Harbeke
Referat Sozialpolitik und Kommunikation